



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Abschiedsbesuch bei Reinhold Sendker

In diesem Jahr endet eine politische Ära im Kreis Warendorf. Der heimische Bundestagsabgeordnete Reinhold Sendker zieht sich zur Bundestagswahl im September aus der aktiven Politik zurück und auch seinen Posten als Vorsitzender der Kreis-CDU gibt er Ende August ab.

Am Tag nach seiner letzten Rede im Bundestag bekam Sendker Besuch aus der Heimat in Berlin: der CDU-Landtagsabgeordnete Daniel Hagemeyer aus Oelde ließ es sich nicht nehmen, den dienstältesten Kreisvorsitzenden Nordrhein-Westfalens persönlich an seiner Wirkungsstätte zu verabschieden.

Im Laufe seiner Jahre im Mandat hat Sendker über 3.000 Termine im Wahlkreis absolviert und sich dabei vor allem im Kreise der Kleingärtner, bei Feuerwehr und THW einen Namen gemacht.

Daniel Hagemeyer resümierte: „Reinhold Sendker war und ist wirklich einer von uns—ein Vollblutpolitiker nah am Bürger.“



Liebe Leserinnen und Leser,

die letzte Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause war von wichtigen Themen geprägt. Bevor wir Abgeordneten jedoch in die Debatten gingen, hatte Landtagspräsident André Kuper (CDU) zu einer bewegenden Trauerfeier zum Gedenken an die Corona-Opfer geladen.

Der weitere Verlauf des Mittwochs war von starken Themen geprägt. Nach einer Unterrichtung der Landesregierung zur pandemischen Lage beschlossen wir das Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 und debattierten die Schulpolitik nach den Sommerferien.

Die Aktuelle Stunde am Donnerstag war innenpolitischer Natur, denn SPD und Grüne hatte Gesprächsbedarf angemeldet zu einem Polizeieinsatz während einer Demonstration gegen den Regierungsentwurf für ein Versammlungsgesetz. Journalisten hatten Vorwürfe erhoben von Polizisten angegriffen worden zu sein. Auf der Tagesordnung standen zudem das Klimaschutzgesetz NRW und die Änderung des Baugesetzbuches. Später am Tag folgte mein Redeeinsatz zu einem AfD-Antrag, in dem dem Land Betrug bei der Abrechnung von Intensivbetten in der Pandemie unterstellt wird.

Den letzten Sitzungstag am Freitag besetzten u.a. das Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration sowie ein Änderungsgesetz zu Flüchtlingsaufnahme und Ausgleichszahlungen für geduldete Personen.

Erfreulicherweise geht die Zahl der Corona-Neuinfektionen in NRW weiter zurück. Der Wert der Neuanssteckungen pro 100.000 Einwohner in 7 Tagen liegt derzeit bei unter 6. Auch bei uns im Kreis Warendorf ist weiterhin ein sehr positiver Trend zu verzeichnen.

Über das zukünftige Pandemiegeschehen können wir heute aber keine verlässliche Aussage treffen. Derzeit ist die Delta-Variante des Coronavirus auf dem Vormarsch und wird voraussichtlich im Juli 70-80 Prozent der Neuinfektionen ausmachen. Wir müssen daher sehr wachsam bleiben.

Als Politik dürfen wir allerdings nicht nur Verbote und Einschränkungen vorgeben, sondern müssen auch auf die Eigenverantwortung und die Solidarität von uns Bürgern setzen. Alle Urlauber sollten sich vor der Rückkehr an den Arbeitsplatz auf Corona testen lassen.

Einen hohen Schutz gegen das Corona-Virus bietet weiterhin eine vollständige Impfung. Nach jetzigem Stand werden wir auch allen Impfwilligen in NRW bis Ende Juli ein Impfangebot unterbreitet haben. Wer in den kommenden Wochen aus einem Virusvariantengebiet oder aus einem Hochinzidenzgebiet wieder nach Deutschland einreist, muss auf jeden Fall die Auflagen der Quarantäne erfüllen. Die Einhaltung wird durch die Gesundheitsämter vor Ort stichprobenartig kontrolliert werden. Für die nun vor uns liegenden Sommerferien wünsche ich Ihnen einen schönen Urlaub und gute Erholung. Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!

Ihr Daniel Hagemeyer MdL

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Gebauer: Präsenzunterricht auch nach den Sommerferien

Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) hat angesichts niedriger Corona-Zahlen und der Erfahrungen aus den vergangenen Wochen bekräftigt, dass der Präsenzunterricht in den Schulen nach den Sommerferien mit den nötigen Hygienemaßnahmen fortgesetzt werden soll. Zum Abschluss des Schuljahres mit zeitweisem Lernen auf Distanz bedankte sie sich bei den Schülern, Eltern und Lehrern für das Meistern der Situation.

Laumann: Stichprobenartige Kontrollen der Quarantänepflicht

Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) hat stichprobenartige Kontrollen der 14-tägigen Quarantänepflicht von Reiserückkehrern aus sogenannten Virusvariantengebieten angekündigt. Wer aus Ländern wie Indien oder Großbritannien zurück in die Bundesrepublik kommt, muss demnach 14 Tage in Quarantäne und kann sich nicht „freitesten“ lassen. Seit Dienstag sind wegen der starken Verbreitung der Delta-Variante des Coronavirus auch Portugal und Russland als Virusvariantengebiete eingestuft.

Neue Landesbauordnung beschlossen

Neu gebaute offene Parkplätze ab 35 Stellplätzen etwa von Supermärkten müssen in Nordrhein-Westfalen künftig mit Photovoltaik-Anlagen überdacht werden. Das sieht die neue Landesbauordnung vor, die der Landtag am Mittwoch beschlossen hat. Die Regel wird auf Gewerbeflächen beschränkt und gilt nicht für Parkflächen von Wohngebäuden. Der Ausbau von Dachgeschossen und Dachaufbauten ist künftig verfahrensfrei möglich, wenn sie statisch unbedenklich sind. Für die Innenstädte wird eine Innovationsklausel eingeführt, die Nutzungsänderungen für einen Zeitraum von zwölf Monaten erleichtert.

NRW erinnert an Opfer der Pandemie

Mit einer bewegenden Trauerzeremonie im Landtag haben Politiker, Pflegekräfte, Ärzte und Betroffene am Mittwoch der Opfer der Corona-Pandemie in Nordrhein-Westfalen gedacht. Gemeinsam mit Angehörigen von Opfern zündeten Ministerpräsident Armin Laschet (CDU), Landtagspräsident André Kuper und Verfassungsgerichtspräsidentin Barbara Dauner-Lieb im Plenarsaal Kerzen für die Verstorbenen an. Landesweit wehten die Flaggen an öffentlichen Gebäuden auf halbmast. In NRW starben seit dem Ausbruch der Pandemie Anfang 2020 mehr als 17 120 Menschen im Zusammenhang mit Corona.

Hinter jedem der mehr als 17 000 Toten der Pandemie in NRW stehe ein individuelles Schicksal, sagte Laschet in einer Ansprache. „Unser Land trauert mit Ihnen.“ Zugleich bat Laschet die Hinterbliebenen um Verzeihung, die wegen der Corona-Einschränkungen ihren erkrankten Angehörigen nicht in den letzten Stunden beistehen durften. „Diese Entscheidungen, die dazu geführt haben, dass Menschen einsam sterben mussten, waren ein gravierender Fehler“, sagte Laschet mit Blick auf Besuchsverbote in Alten- und Pflegeheimen und in Krankenhäusern.

Ein Film erinnerte an die Folgen der Pandemie in NRW, den Kampf um Leben der Covid-19-Patienten in den Krankenhäusern, geschlossene Schulen und leere Innenstädte.

Landtagspräsident Kuper sagte: „Keiner von uns, weder in Deutschland noch in einem anderen Land der Welt, war vorbereitet auf das, was seit März 2020 über uns gekommen ist.“ Corona habe Spuren hinterlassen. Vieles sei nur schwer auszuhalten. Freiheitsrechte seien eingeschränkt worden. Trauer und Schmerz hätten die ganze Welt erfasst. „Und die Zahl der Opfer wächst täglich.“ Bei der Bekämpfung der Pandemie seien auch Fehler gemacht worden. „Denn niemand von uns hatte Erfahrung mit einem Krisenmanagement dieses Ausmaßes.“



Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeier

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Arbeitsbericht der Landesregierung

Highlights aus 4 Jahren erfolgreichem Regieren in NRW

- **300 Millionen Euro Programm „Moderne Sportstätte 2022“**
- **13,5 Milliarden Euro für unsere Kommunen 2021**
- **Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern**
- **12.420 neue Kommissaranwärter seit 2017**
- **Rekordinvestitionen in Bildung: 20 Milliarden Euro**
- **Landarztquote eingeführt**
- **Neue medizinische Fakultät in OWL errichtet**
- **Krankenhäuser mit Rekordinvestitionen gefördert**
- **2.600 zusätzliche Stelle in der Justiz**
- **Bekämpfung der Clan-Kriminalität**
- **171,1 Millionen Euro für den Klimaschutz**
- **2.000 geförderte Sportvereine**
- **103 Millionen Euro für den Radverkehr**
- **82.500 neue Kitaplätze**
- **2.350 Gründerstipendien**
- **24 Millionen Euro für das Ehrenamt**
- **132 Millionen Euro für unsere Wälder**
- **Erstes Fahrradgesetz für NRW**

Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus dem Wahlkreis

KosmetikerInnen drängen auf Professionalisierung ihres Berufsbildes

„Was Sie machen, ist Handwerk pur.“ Diesen Standpunkt vertrat Matthias Goeken, handwerkspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, gegenüber Ina Reckers, Inhaberin des Kosmetikinstituts „Haut-Zentral“ in Sassenberg, und ihre beiden männlichen Berufskollegen Christoph Wendt und Michael Gebhardt, die Geschäftsführer der „Prachtburschen“ aus Münster. Die drei Vertreter der Kosmetikbranche waren auf Einladung des Oelder Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeyer nach Düsseldorf gekommen, um über Probleme und Wünsche ihres Berufsstands zu sprechen.

Eines der großen Fragezeichen in der Branche ist die Berufsausbildung und die Positionierung im (Gesundheits-)Handwerk oder als Heilhilfsberuf. Üblich ist eine halbjährliche Ausbildung, einige Azubis gehen den dreijährigen Weg. Es gibt aber auch Crashkurse und Zertifikate, die man für einen schmalen Euro im Internet kaufen kann. Ina Reckers: „Unser Berufsstand wird leider stiefmütterlich behandelt.“ Es sei bedauerlich, dass der Rahmenplan der Ausbildungsordnung seit 2001 unverändert geblieben sei. „Die Angliederung ans Handwerk findet sich hier nicht wieder“, musste ihr Matthias Goeken recht geben. „Und es gibt kein geschütztes Berufsbild.“

Die beiden „Prachtburschen“ Christoph Wendt und Michael Gebhardt betonten, dass Kosmetik mehr ist, als Wellness und dekorative Verschönerung: „Da steckt Fachkompetenz dahinter, gerade was Hautbilder angeht. Wir haben viele medizinisch orientierte Facetten.“

Daniel Hagemeyer wertete das Gespräch als einen ersten Aufschlag und sagte eine Fortsetzung nach den Sommerferien – digital oder in Präsenz – zu. Bis dahin wollen die Abgeordneten Gespräche unter anderem mit Spitzenvertretern der Handwerksorganisationen führen, denn wenn das Kosmetikhandwerk professionalisiert werden soll, muss zunächst eine Vergleichbarkeit der Ausbildung erreicht werden.



Everswinkel - Fortsetzung der Bürgermeistergespräche im Wahlkreis

Über aktuelle Themen der Landespolitik sowie die Entwicklung der Gemeinde Everswinkel hat sich Daniel Hagemeyer gemeinsam mit der CDU Vorsitzenden Magdalene Wierbrügge und meinem Landtagskollegen Henning Rehbaum bei Bürgermeister Sebastian Seidel ausgetauscht. Dabei standen neben der Bewältigung der Corona-Pandemie u. a. die Themen Windkraft und Schule auf der Tagesordnung. Im Gespräch machte Bürgermeister Seidel deutlich, dass die Förderung von digitalen Endgeräten für bedürftige Schüler und für Lehrpersonal ein großer Schritt sei und nun die Folgefinanzierung der Digitalisierung der Schulen in den Blick genommen werden muss.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus dem Wahlkreis

Bundesweiter Mitmachtag der kleinen Forscher: „Papier—das fetzt“

Am 16. Juni 2021 war "Tag der kleinen Forscher", der bundesweite Mitmachtag für alle, die gerne forschen. Leider konnte auch in diesem Jahr wegen der Pandemie kein großes Forscherfest stattfinden. Daher waren alle Kitas im Kreis von der Netzwerkkoordinatorin der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ Birgit Ruppert aufgefordert worden, das diesjährige Motto „Papier – das fetzt“ in ihrer Einrichtung als Projekt zum Forschen zu nutzen. In der Kita Abenteuerland in Telgte entdeckten die Mädchen und Jungen eine Woche lang die Vielfältigkeit und den Wert von Papier. Der Landtagsabgeordnete Daniel Hagemeyer von der CDU konnte sich am Montag vor Ort von den vielfältigen Aktivitäten und Experimenten der Kinder überzeugen.

Zusammen mit den Kindern, Erzieherinnen und Erziehern und Birgit Ruppert faltete er ein riesiges Schiff aus Papier. Der Landtagsabgeordnete zeigte sich beeindruckt von der Arbeit, die in den Kindertageseinrichtungen tagtäglich geleistet wird. Um sich weiter über die Bedarfe und die Arbeitsbedingungen vor Ort zu informieren, plant er demnächst als Tagespraktikant in die Kita Abenteuerland zurückzukehren. Nur wenn man sich an der Basis informiert, kann man politisch agieren, um die Bildungslandschaft in NRW zu optimieren, so Daniel Hagemeyer.



Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Fraktion

Gegen Ärztehopping: Wir lockern die Schweigepflicht bei Verdacht aus Kindesmisshandlung

Nordrhein-Westfalen will als erstes Bundesland die ärztliche Schweigepflicht bei einem Verdacht auf Kindesmisshandlung, -missbrauch und Vernachlässigung von Kindern lockern. Der Bund hat dazu jüngst mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz die Grundlage geschaffen. Eine Gelegenheit, auf die die NRW-Koalition lange gewartet und hingearbeitet hat. Jetzt wurde eine Änderung des Heilberufsgesetzes eingebracht. Der Entwurf wird jetzt in den Fachausschüssen beraten.

Die Sprecherin für den Kinderschutz, Christina Schulze Föcking, erklärt: „Das ist ein Meilenstein für den Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen. Auf die Möglichkeit, die wir auf den Weg bringen, warten Kinderärzte und Kinderschützer seit vielen Jahren – die Nachricht von unserem Gesetzesvorhaben war bereits ein Paukenschlag in der Szene. Wir wollen Ärzten Rechts- und Handlungssicherheit geben, um Kinder vor Gewalt durch deren Erziehungsberechtigte zu schützen. Sie sollen künftig die Möglichkeit haben, sich beim Verdacht auf Missbrauch, Misshandlung oder Vernachlässigung mit Kolleginnen oder Kollegen auszutauschen. So schieben wir insbesondere dem Ärztehopping einen Riegel vor – denn viele gewalttätige Eltern wechseln häufig den Kinderarzt, um ihre Taten zu verschleiern.

Drei von vier Kindern, die durch ihre Erziehungsberechtigten misshandelt werden, sind laut Uno zwischen zwei und vier Jahre alt – sie besuchen keine Schule und oft auch keine Kita, wo ihr Leid auffallen könnte. Bisher ist es nur Eltern erlaubt, den Kinderarzt von seiner Schweigepflicht zu entbinden – doch das schützt die Kleinen nicht, wenn ausgerechnet die Eltern Täter sind.“



Verlässlichkeit und Fairness für Zugewanderte – und unsere Kommunen

Die Landesregierung hat zwei Gesetze ins Plenum des Landtags eingebracht, mit denen Nordrhein-Westfalen das bundesweit modernste Integrationsrecht erhalten wird: das neue Teilhabe- und Integrationsgesetz sowie die Novelle des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG). Beide Gesetze werden jetzt in den Fachausschüssen beraten.

Mit diesen beiden Gesetzentwürfen schaffen wir erneut mehr Verbindlichkeit in der Integrationspolitik. Menschen, die eine Zukunft in Nordrhein-Westfalen haben, wollen wir zielgenauer fördern und auf der anderen Seite Menschen ohne Bleibeperspektive zügig und transparent zurückführen. Das sind wir den Menschen, die in unserem Land Zuflucht und eine neue Heimat suchen, schuldig: Verlässlichkeit und Fairness. Verlässlichkeit brauchen aber auch diejenigen, die vor Ort Zugewanderte auf ihrem Weg in die deutsche Gesellschaft begleiten. Für die kommunale Integrationsinfrastruktur und auch die Partner der Freien Wohlfahrtspflege schaffen wir durch die gesetzliche Grundlage langfristige Planungssicherheit – auch finanziell mit einer garantierten Mindestsumme von jährlich 130 Millionen Euro. Insbesondere bei der Kostenfrage für die Aufnahme von Geflüchteten stellen wir uns mit der FlüAG-Novelle fest an die Seite der Kommunen, die die Hauptlast schultern. Die Pauschalen für die Unterbringung von Flüchtlingen werden angehoben, und auch bei den Geduldeten gibt es mehr Unterstützung vom Land.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Initiative für digitale Ratssitzungen

Die NRW-Koalition will Möglichkeiten für die Kommunalpolitik eröffnen, künftig mehr digital zu tagen. Mit dem Antrag (Drucksachennummer 17/14285) wollen wir die Erfahrungen aus der Pandemie nutzen und hybride Konzepte für Ausschuss- und Ratssitzungen sowie Abstimmungen erproben. Viele Ehrenamtliche vor Ort haben gelernt, digital oder hybrid zu arbeiten, und wollen dies dauerhaft tun.

Darin liegt eine Chance für die Kommunalpolitik als Fundament unserer Demokratie: Es wird angesichts von Präsenzsitzungen bis in den späten Abend immer schwieriger, junge Menschen, Mütter und Väter, Angestellte oder Selbstständige für dieses Engagement zu begeistern. Wir brauchen aber die soziale Mischung in den Stadt- und Gemeindeparlamenten – und deshalb brauchen wir eine größere Vereinbarkeit des kommunalen Ehrenamtes mit Beruf, Ausbildung und Familie.

Wichtig ist eine praxistaugliche Umsetzung. Deshalb sollen in NRW Modellprojekte in je drei Kreisen, kreisfreien und kreisangehörigen Städten auf den Weg gebracht werden. Der Pilot soll schon nach der Sommerpause starten. Die Landesregierung ist beauftragt, zeitgleich die gesetzliche Grundlage auszuarbeiten und die Erfahrungen aus dem Modellprojekt aufzunehmen.



Am Rande der letzten Plenarsitzung vor den Sommerferien nutzte der Abgeordnete Daniel Hagemeyer die Möglichkeit über wichtige Verkehrsprojekte aus seinem Wahlkreis mit NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst zu sprechen.

Bis 2045 ist NRW klimaneutral

Der Landtag hat das Klimaschutzgesetz und das Klimaanpassungsgesetz für Nordrhein-Westfalen verabschiedet. Die NRW-Koalition von CDU und FDP hat die Klimaziele im ursprünglichen Gesetzentwurf nach dem Urteil des Bundesverfassungsgesetz und der Neuregelung auf Bundesebene dabei noch einmal verschärft. Nordrhein-Westfalen hat jetzt das ambitionierteste Klimaschutzgesetz aller Bundesländer und geht mit dem vorgezogenen Ziel der Klimaneutralität sogar über die EU-Vorhaben hinaus. Bis 2030 reduzieren wir die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 mit unseren Anpassungen nicht nur um 55, sondern sogar um 65 Prozent. Für 2040 ziehen wir mit einer Reduktion um 88 Prozent ein neues Zwischenziel ein. Und wir wollen bis 2045 statt bis 2050 klimaneutral sein. Nordrhein-Westfalen macht bereits seit Jahren vor, wie erfolgreicher Klimaschutz im Einklang mit wirtschaftlichem Wachstum und Bezahlbarkeit für Bürgerinnen und Bürger geht. Wir gehen voran bei CO₂-Einsparung und Kohleausstieg, denn bis 2030 werden in NRW 13 von 16 Braunkohleblöcken abgeschaltet.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Kabinett beschließt Haushaltsplanentwurf 2022

Das Landeskabinett hat den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2022 beschlossen. Der Entwurf ist weiterhin durch die andauernde Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen geprägt. Der Etat mit einem Volumen von 87,5 Milliarden Euro wird nicht über das Niveau der letzten Finanzplanung 2019 bis 2023 vor der Corona-Pandemie ausgeweitet. Ausgenommen hiervon sind nur in Einnahmen und Ausgaben durchlaufende Posten im Landeshaushalt. Für den Haushalt ohne coronabedingte Sondereffekte sind keine neuen Schulden geplant.

Der Haushaltsplanentwurf für 2022 und die Finanzplanung 2021 bis 2025 setzen damit die Konzeption und finanzpolitischen Leitlinien des Haushalts 2021 und der Finanzplanung 2020 bis 2024 fort. „Trotz der weiterhin herausfordernden Rahmenbedingungen durch die Corona-Pandemie geben wir mit dem vorgelegten Entwurf wichtige Impulse und stellen die weitere Entwicklung unseres Landes auch im kommenden Jahr auf eine sichere finanzielle Basis“, betont Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen. „Unsere passgenauen Maßnahmen zeigen Wirkung. Durch die vorausschauende und vorsorgende Politik war und ist Nordrhein-Westfalen zu einer starken Reaktion auf die Corona-Pandemie in der Lage.“

Bewährtes Haushaltskonzept: Rettungsschirm wird fortgeführt

Kernstück zur Krisenbewältigung bleibt der NRW-Rettungsschirm zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise. Die deutlichen Steuermindereinnahmen gegenüber dem Vorkrisenniveau für die Jahre 2021 und 2022 resultieren sowohl aus Beschlüssen des Bundes zu steuerlichen Entlastungsmaßnahmen in Corona-Zeiten als auch aus dem wirtschaftlichen Einbruch in der Krise. Die erheblichen Beeinträchtigungen des Wirtschaftsablaufs werden auch im kommenden Jahr noch spürbar sein. Der NRW-Rettungsschirm mit seinem Sondervermögen von bis zu 25 Milliarden Euro wird daher plangemäß auch im Jahr 2022 fortgeführt.

Minister Lienenkämper: „Unser Rettungsschirm, bewilligt mit den Stimmen aller Fraktionen im Landtag, hat sich bewährt. Mit ihm haben wir in einem beispiellosen, gesamtgesellschaftlichen Kraftakt unter anderem unser Gesundheitssystem schnell und gezielt unterstützt, den von der Krise betroffenen Unternehmen durch Finanzhilfen und steuerliche Maßnahmen dringend benötigte Liquidität zur Verfügung gestellt und mit unserem Nordrhein-Westfalen-Programm ein maßgeschneidertes Investitionspaket für die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land auf den Weg gebracht. Damit kann auch im Jahr 2022 weiterhin flexibel und zeitnah auf die sich ergebenden Herausforderungen reagiert werden.“

Transparente Finanzplanung ohne neue Schulden im Kernhaushalt

In der andauernden Krise wird die Landesregierung den Rettungsschirm und den allgemeinen Haushalt weiterhin transparent voneinander abgrenzen. Für den regulären Haushalt werden weiterhin keine Schulden aufgenommen. „Damit löst die Landesregierung ihre Zusage von Beginn der Legislaturperiode ein“, stellt Minister Lienenkämper fest.

Investitionen mit 9,6 Milliarden Euro auf Rekordniveau

Mit ihrem Haushaltsentwurf 2022 stärkt die Landesregierung die Zukunftsfähigkeit von Nordrhein-Westfalen durch gezielte Investitionen und Modernisierungsprojekte, dazu gehören unter andere Innovationen und Zukunftstechnologien, Innere Sicherheit, Bildung, Verkehr und Umweltschutz.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeier

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Innere Sicherheit

Vorgesehen ist eine weitere Steigerung der Mittel für die Polizei um 200 Millionen Euro für zusätzliche Stellen insbesondere in den Bereichen der Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Cyberkriminalität sowie für die Modernisierung, Professionalisierung und Digitalisierung der technischen Ausstattung, Liegenschaften und polizeilichen Sondertechnik.

Modernisierung der Landesliegenschaften

Im Fokus steht zudem die Modernisierung der Landesliegenschaften –auch und gerade unter Klimaschutzaspekten. Hierzu stellt die Landesregierung mit dem Haushalt 2022 für die kommenden fünf Jahre im Rahmen von Verpflichtungsermächtigungen zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 4,5 Milliarden Euro bereit. Die zur Refinanzierung der zusätzlichen Investitionen erforderlichen Mietzahlungen fallen jeweils sukzessive ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung an. Damit sollen der von der Vorgängerregierung übernommene Sanierungsstau unter anderem bei den Hochschulen, Justiz und Polizeidienststellen abgebaut, die Landesgebäude modernisiert und verbesserte Gebäudestandards umgesetzt werden. Der landeseigene Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB NRW) ist durch seine erfolgreiche, strukturelle Reform jetzt auch in der Lage, dieses gestiegene Bauvolumen im Interesse des Landes umzusetzen. Das gesamte Portfolio mit seinen unterschiedlichen Bausubstanzen und Sanierungszuständen wird dabei in den Blick genommen, transparent zusammengeführt, strategisch geplant und systematisch aufgewertet. Mit dem Programm setzt die Landesregierung einen weiteren Konjunkturimpuls, damit das Land gestärkt aus der Krise kommt. Ziel ist die Unterstützung der Initiative der Landesregierung für eine klimaneutrale Landesverwaltung bis zum Jahr 2030. Damit werden die bisher jährlich für solche Maßnahmen zur Verfügung stehenden Verpflichtungsermächtigungen bis 2026 verdoppelt und stehen ein Jahr früher zur Verfügung.

Schule

Im Bereich Schule werden 3.971 zusätzliche Stellen mit dem Haushaltsplanentwurf 2022 eingerichtet, unter anderem für den Masterplan Grundschule, die Neuausrichtung der Inklusion und die Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung. Damit wurden seit dem Jahr 2018 insgesamt rund 10.600 zusätzliche Stellen geschaffen. „Mit gezielten Investitionen und maßgeschneiderten Hilfen schaffen wir die richtigen Grundlagen, damit Nordrhein-Westfalen schnell den Weg aus der Corona-Pandemie findet. Wir behalten unsere Schwerpunkte fest im Blick. Gleichzeitig gilt es, mit Verantwortung, Maß und Mitte einen nachhaltigen Weg aus der Krise zu beschreiten“, betont Minister Lienenkämper. „Hierzu nutzen wir die Möglichkeiten, die das Grundgesetz mit seiner Schuldenbremse bietet. Dies hat sich in der aktuellen Krise bewährt. Die Schuldenbremse steht effektivem Handeln in schwierigeren Zeiten nicht im Weg – die dadurch geprägte Haushalts- und Finanzpolitik macht uns sogar in vielen Bereichen sehr flexibel. Wichtig ist daher ein klares Bekenntnis zu soliden öffentlichen Finanzen. Damit stärken wir die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen unseres Landes auch im Interesse künftiger Generationen.“

Steuerschätzer: Weiterhin erhebliche Steuermindereinnahmen

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat im Mai 2021 die Steuereinnahmen bis zum Jahr 2025 neu geschätzt. Danach werden sich für das Land Nordrhein-Westfalen gegenüber der letzten Finanzplanung auf Vorkrisenniveau Steuermindereinnahmen für das Jahr 2022 in Höhe von 3,649 Milliarden Euro ergeben.

Im Landtag: Daniel Hagemeier MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Ausblick: Rückkehr zur haushaltspolitischen Normalität und Tilgung

Im Jahr 2023 wird der Haushalt ohne Zuführungen aus dem NRW-Rettungsschirm mit einem ausgeglichenen Ergebnis aufgestellt. In den Folgejahren wird mit Haushaltsüberschüssen geplant. Die Überschüsse von 200 Millionen Euro im Jahr 2024 und von 500 Millionen Euro im Jahr 2025 werden planmäßig zur Tilgung der vom Rettungsschirm aufgenommenen Kredite eingesetzt.

Planungssicherheit für die Kommunen

Wie schon im Jahre 2021 erhalten die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Zuweisungen und Zuschüsse im Rahmen des kommunalen Steuerverbunds auch im Jahr 2022 auf der Basis der Finanzplanung 2019 bis 2023 und damit auf Vorkrisenniveau. Sie erhalten damit Planungssicherheit. Die Beträge, die über die reguläre Berechnung auf Basis der Ist-Steuereinnahmen vom 1. Oktober 2020 bis 30. September 2021 hinausgehen, belaufen sich auf 930,9 Millionen Euro. Sie werden den Gemeinden und Gemeindeverbänden über den NRW-Rettungsschirm finanziert und sollen erst dann schrittweise verrechnet werden, wenn sich die wirtschaftliche Situation der Gemeinden und Gemeindeverbände wieder gebessert hat und die Verteilsumme beim Gemeindefinanzierungsgesetz wieder steigt. Die Rückzahlungen werden vom Land für Tilgungen der über den NRW-Rettungsschirm aufgenommenen Kredite verwendet.

Der Haushaltsplanentwurf 2022 richtet den Fokus darüber hinaus erneut auf mittel- und langfristige Investitionen in die Zukunft des Landes:

Schule und Bildung

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 sieht Mehrausgaben in Höhe von rund 446 Millionen Euro vor. Damit werden insgesamt 3.971 zusätzliche Stellen eingerichtet, unter anderem für den Masterplan Grundschule, die Neuausrichtung der Inklusion und die Agenda zur Stärkung der Beruflichen Bildung. Die Landesregierung hat die Schulsozialarbeit langfristig gesichert und erhöht die jährlichen Landesmittel um 10 Millionen Euro auf 57,7 Millionen Euro. Für den Ausbau des Offenen Ganztags im Primarbereich werden zusätzlich rund 40 Millionen Euro bereitgestellt. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhen wir die Platzzahl um zusätzliche 7.830 auf dann 362.500 Plätze.

Im Bereich der Digitalisierung werden zusätzlich rund 12,8 Millionen Euro veranschlagt. Zur Unterstützung der Schulen - zum Beispiel bei der Arbeit mit LOGINEO NRW - erhalten die Digitalisierungsbeauftragten an den Schulen sowie die Medienberaterinnen und Medienberater zusätzliche Entlastungsstunden im Umfang von 165 Lehrerstellen.

Innere Sicherheit

Das Auswerten von Massendaten, die Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Cyberkriminalität sind weiter von besonderer Bedeutung. Dafür werden 123 zusätzliche Spezialistinnen und Spezialisten eingestellt. Darüber hinaus wird das „Backoffice“ in den Kreispolizeibehörden gestärkt. Dafür werden 101 neue Stellen eingerichtet. 500 zusätzliche Stellen entstehen für Tarifbeschäftigte im polizeilichen Verwaltungsdienst, um die operativen Kräfte der Polizei zu entlasten. Damit handelt es sich hier um insgesamt 2.500 Stellen in den Jahren 2018 bis 2022.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Wirtschaft, Innovation, Zukunft

Wasserstoff ist ein zentrales Element für die klimafreundliche Modernisierung des Wirtschafts- und Energiestandorts Nordrhein-Westfalen. Für die Ko-Finanzierung großer Leuchtturm-Projekte im Rahmen des europäischen Wasserstoff-IPCEIs, regionale Initiativen sowie innovative Projekte von Unternehmen und Forschungseinrichtungen stellt die Landesregierung insgesamt rund 15 Millionen Euro zur Verfügung. Die Mittel zur Förderung von Innovationen werden mit dem Haushalt 2022 um rund 98 Millionen Euro erhöht. Damit stehen rund 130 Millionen Euro für wichtige Schlüsseltechnologien, wie zum Beispiel der Energieforschung, der Nano- und Mikrotechnologie, den neuen Werkstoffen, dem Anlagen- und dem Maschinenbau, der Gesundheits- und Medizinforschung, der Biotechnologie sowie insbesondere der Künstlichen Intelligenz bereit.

Familie

Für gesetzgeberische Aktivitäten im Bereich des Kinderschutzes – insbesondere zu den Ausführungen des Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) – werden 25 Millionen Euro bereitgestellt.

Für den flächendeckenden Ausbau der spezialisierten Beratung zur Prävention sexualisierter Gewalt sind weitere Mittel von jährlich rund 5,1 Millionen Euro eingeplant. 55 Millionen Euro stehen für eine Personal- und Qualifizierungsoffensive bereit, mit der die Arbeitgeber der Kindertageseinrichtungen bei der Personalgewinnung unterstützt werden sollen.

Justiz

Zum Abbau der Belastung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften werden insgesamt 255 neue Stellen eingerichtet. Für die Digitalisierung der Justiz werden 58 neue Stellen und für die Einrichtung von Wirtschaftsstrafkammern zur Bewältigung der Cum-Ex-Verfahren 31 neue Stellen geschaffen. Der Justizvollzug wird durch 294 neue Stellen gestärkt.

Wissenschaft und Forschung

Die Landesregierung bietet den Hochschulen sichere finanzielle Perspektiven und trifft haushalterische Vorsorge für die neue Hochschulvereinbarung von 2022 bis 2026. Der Wissenschaftsstandort wird weiter gestärkt: Der im Rahmen der Ruhrkonferenz begonnene Aufbau von vier Research-Departments der Wissenschaftsallianz Ruhr wird fortgesetzt. Für den planmäßigen Aufbau der neuen Medizinischen Fakultät OWL werden die notwendigen Mittel bereitgestellt. Die Mittel für die neue themenoffene Forschungsförderung werden um 15 Millionen Euro erhöht und die Ko-Finanzierung von bedeutenden Forschungsvorhaben sichergestellt, wie zum Beispiel dem Aufbau eines Wasserstoff-Clusters oder der Förderung des Maschinellen Lernens an den Standorten in Bonn und Dortmund.

Kultur

Die erfolgreiche Stärkungsinitiative Kultur, verbunden mit einer Erhöhung des Kulturetats um 50 Prozent von 2017 bis 2022, wird planmäßig umgesetzt. Der Kulturhaushalt 2022 steigt um weitere 23,6 Millionen Euro auf einen Gesamtansatz von rund 315,7 Millionen Euro.



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Der Haushalt 2022 schreibt das Engagement zur Anpassung an den Klimawandel, zur Zukunftsgestaltung der Landwirtschaft und der Wälder fort. Für die Unterstützung einer nachhaltigen und tierwohlgerechten Landwirtschaft sind für das Jahr 2022 Haushaltsmittel in Höhe von rund 381 Millionen Euro unter anderem für Förderungen im Ländlichen Raum im Rahmen der EU-Ko-Finanzierung (32,3 Millionen Euro) vorgesehen. Als eine zentrale Klimaanpassungs-Maßnahme werden im Jahr 2022 rund 251 Millionen Euro insbesondere für den Hochwasserschutz (76,7 Millionen Euro) und Maßnahmen der Gewässerökologie im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie (64,3 Millionen Euro) eingesetzt. Um unsere Wälder multifunktional und klimafest zu gestalten, sind in der Summe Fördermittel in Höhe von 133 Millionen Euro eingeplant. Ein ebenfalls existenzielles Thema ist der Artenschutz. Für die Förderung des Insektenschutzes und der Artenvielfalt sind für das kommende Jahr rund 44,5 Millionen Euro vorgesehen.

Verkehr

Zur weiteren Förderung und Ausweitung des Rad- und Fußverkehrs werden die Mittel von 54,5 Millionen Euro im Jahr 2021 auf 102 Millionen Euro im Jahr 2022 nahezu verdoppelt, insbesondere für Maßnahmen der Nahmobilität sowie für Radwege an Landesstraßen. Das Land stellt zudem für Maßnahmen aus dem neuen Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetzes im Haushalt 2022 insgesamt 40 Millionen Euro bereit, das ist ein Plus von knapp 30 Millionen Euro. Zur Förderung von Planungsleistungen auf der Schiene werden die Mittel mit dem Haushalt 2022 auf 34 Millionen Euro angehoben.

Denkmalschutz und Wohnen

Die regional differenzierten Wohnungsmärkte, der demografische Wandel und der Klimawandel stellen neue Anforderungen an den Wohnungsbau und insbesondere die öffentliche Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen. Hierfür stellt die Landesregierung weitere 5 Millionen Euro mit dem Haushalt 2022 bereit. Gefördert werden sollen besondere innovative Elemente (z.B. begrünte Fassaden, regenerative Kälte-/Wärmetechniken, Wohnformen für Ältere etc.) im Neubau, beim Erhalt sowie dem An-, Aus- und Umbau von Wohnungsbauten. Nachdem bereits in den letzten Jahren die Mittel der Denkmalförderung kontinuierlich auf zuletzt 25 Millionen Euro angehoben wurden, stehen im Haushalt 2022 nun 48 Millionen Euro für Maßnahmen der Denkmalpflege zur Verfügung. Die Mittel für das Landesprogramm Dorferneuerung werden mit dem Haushalt 2022 um 30 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr auf dann 50 Millionen Euro angehoben.

Gesundheit und Pflege

Ab dem Jahr 2021 wird das Schulgeld für die Gesundheitsfachberufe vom Land zu 100 Prozent übernommen. Daneben wird die neue Ausbildung zur generalistischen Pflegefachassistenz, die die bisherigen Ausbildungen zur Altenpflegehilfe und Krankenpflegeassistenz ablöst, über eine neue, erhöhte Schulkostenpauschale auskömmlich finanziert. Insgesamt erhöhen wir damit den Haushaltsansatz zur Förderung der Ausbildungen in verschiedenen Gesundheitsfachberufen um 21,9 Millionen Euro auf insgesamt rund 73,9 Millionen Euro. Zur Schaffung von zusätzlichen Plätzen in den Einrichtungen des Maßregelvollzugs sowie zur Umsetzung notwendiger Bauunterhaltungsmaßnahmen werden die Bauausgaben für den Maßregelvollzug gegenüber dem Jahr 2021 um rund 39,6 Millionen Euro auf insgesamt 66,2 Millionen Euro erhöht.



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Aufruf zum Wettbewerb Naturpark.2024.Nordrhein-Westfalen „Natürlich – Regional – Wunderschön“

Bereits zum sechsten Mal lobt Nordrhein-Westfalen den Förderwettbewerb für die Naturparke Nordrhein-Westfalens aus. Dafür stellt das Land von 2022 bis 2024 eine Million Euro zur Verfügung. Umweltministerin Ursula Heinen-Esser: „Naturparke in Nordrhein-Westfalen sind eine Erfolgsgeschichte. In der Corona-Zeit sind die Naturparke in zunehmenden Maße ein beliebter Zufluchtsort aus dem Alltag. Viele Menschen entdecken auf verschiedenen Wegen die Schönheit ihrer Region neu. Dieses gestiegene Interesse gilt es zu managen. Deswegen freue ich mich, den Naturparkwettbewerb nunmehr erneut ausloben zu können – diesmal unter dem Motto „Natürlich – Regional – Wunderschön“. Der Wettbewerb bietet den Naturparken die Möglichkeit, neue und innovative Ideen und Konzepte zu entwickeln und einzureichen. Und er unterstützt die Großschutzgebiete zum Beispiel dabei, sich auf die Herausforderungen des Klimawandels oder auf das veränderte Freizeitverhalten einzustellen.

In Nordrhein-Westfalen gibt es zwölf Naturparke, die insgesamt etwa 45 Prozent der Fläche Nordrhein-Westfalens einnehmen. Die Naturparke dienen der Erholung, der Umweltbildung, dem nachhaltigen Tourismus und der nachhaltigen Regionalentwicklung. Sie tragen maßgeblich dazu bei, die heimische Natur zu bewahren, zu entwickeln und mit interessanten Angeboten erlebbar zu machen.

Der Naturparkwettbewerb wird in der Regel alle drei Jahre ausgeschrieben. Unabhängig davon unterstützt das Land die Naturparke mit rund 625.000 Euro pro Jahr bei der Erhaltung und Instandsetzung der Infrastruktur in den Parks sowie mit weiteren Fördermitteln z.B. bei der Aufstellung von Naturparkplänen und der Umsetzung von Projekten. Im vergangenen Jahr wurde mit zusätzlichen Fördermitteln eine neue Naturpark-Koordinierungsstelle eingerichtet. Diese soll gemeinsame Initiativen und Qualitätsstandards der Naturparke und die Zusammenarbeit mit lokalen bis internationalen Partnerinstitutionen unterstützen. Bis 2023 stellt das Land hierfür rund 250.000 Euro zur Verfügung.

Am Wettbewerb teilnehmen können die Naturparke, die ganz oder teilweise in Nordrhein-Westfalen liegen und die sich an der Qualitätsoffensive der Naturparke des Verbandes Deutscher Naturparke e.V. beteiligen. Die Wettbewerbsausschreibung und das Bewerbungsformular stehen im Internet bereit unter: <https://www.umwelt.nrw.de/naturschutz/natur/schutzgebiete-und-wertvolle-naturraeume/naturparke/naturparke-wettbewerb>. Bewerbungen müssen bis spätestens zum **29. Oktober 2021** beim Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen eingegangen sein.

Wettbewerb 5G.NRW: Land fördert 24 weitere innovative Projekte mit bis zu 36,8 Millionen Euro

Paketlieferungen mit Drohnen, Echtzeit-Übersetzung in Gebärdensprache oder die intelligente Steuerung der Kräne im Duisburger Hafen: Die neue Mobilfunkgeneration 5G nimmt bereits in zahlreichen Branchen in Nordrhein-Westfalen an Fahrt auf. Um die Technologie weiter voranzubringen, fördert das Land im Rahmen der zweiten Runde des Wettbewerbs 5G.NRW weitere 24 Projekte mit rund 36,8 Millionen Euro. Wirtschafts- und Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: „Nordrhein-Westfalen ist Motor für 5G-Innovationen. Die Einreichungen beim Wettbewerb 5G.NRW zeigen eindrucksvoll, dass Wirtschaft und Wissenschaft die gewaltigen Potenziale von 5G zunehmend nutzbar machen: Innovative Unternehmen und renommierte Forschungseinrichtungen entwickeln gemeinsam spannende Anwendungsfelder und tragen dazu bei, die digitale Transformation der Wirtschaft in unserem Land weiter zu beschleunigen.“ Die geförderten Projekte hat ein unabhängiges Gutachtergremium aus insgesamt 51 eingereichten Skizzen ausgewählt. Die 13 Siegerprojekte der ersten Runde sind mittlerweile gestartet. Eine Übersichtskarte und weitergehende Informationen zu den einzelnen Projekten finden Sie unter www.mobilfunk.nrw.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346

Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889

Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de